

Harald Bergsdorf

Umgang mit Unrecht

Hubertus Knabe: Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur, Propyläen Verlag, Berlin 2007, 324 Seiten, 22,00 Euro.

Hermann Lübke: Vom Parteigenossen zum Bundesbürger. Über beschwiegene und historisierte Vergangenheiten, Fink Verlag, Paderborn/München 2007, 143 Seiten, 16,90 Euro.

Die große Mehrheit der DDR-Bewohner weigerte sich, der SED beizutreten oder mit der Stasi zu kooperieren, heute begrüßen die meisten Ostdeutschen sowohl das Ende der SED-Diktatur als auch die Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden. Nur eine kleine Minderheit will die SED-Diktatur exhumieren, selbst im Osten erringen die SED-Erben *per saldo* nur bei Minoritäten Wahlerfolge. Allerdings gab es auch 1989 keine Stunde null. Einunddreißig Prozent der Ostdeutschen wenden sich heute laut Repräsen-

tativumfragen dagegen, die SED-Herrschaft eine Diktatur zu nennen; niemand hat die SED jemals aufgelöst, gerade die „Linke“ versucht, möglichst viel Legitimität für SED/PDS und damit sich selbst zu retten, ohne damit auf größere Gegenwehr zu stoßen.

Kommunistische Sympathien

Seit längerer Zeit gilt Antikommunismus als per se primitiv, insbesondere bei unpolitischen Intellektuellen – sowohl im Westen als auch im Osten. Offenbar mindern die singulären Massenverbrechen Hitlers und seiner Helfer die Empathie einiger Beobachter für andere Verbrechen gegen die Humanität. Die Weigerung, neben dem Nationalsozialismus den Kommunismus gründlich zu untersuchen und zu verurteilen, zählt zu den größten Triumphen des Kommunismus. Gewiss trennen unübersehbare Unterschiede Nationalsozialismus und Kommunismus. Doch beide gaben

beziehungsweise geben ihrer Ideologie Vorrang vor universellen Menschenrechten.

Heute hilft der Neo-SED, wer soziale Sensibilität vermissen lässt und die DDR-Wirklichkeit undifferenziert darstellt. Gewiss kennzeichneten SED-Propaganda, Stasi-Terror und -Bespitzelung sowie das Verbot von Westreisen die DDR; ebenfalls die im Vergleich zu heute meist schlechtere Versorgung von Kranken, Behinderten und Alten, die gemeinhin geringere Wohnqualität und längere Wartezeiten auf Wohnraum, Pkw und Südfürchte. Doch neben Verbrechen gehörte harte Arbeit vieler Menschen unter widrigen Bedingungen zur DDR. Selbstverständlich gab es in der DDR sowohl viele hoch qualifizierte und motivierte Facharbeiter als auch mutige Auflehnung, innere Emigration und privates Glück.

SED-Präsenz heute

Wichtig bleibt es, differenziert über die SED-Dikta-

tur zu informieren. Doch welchen Anteil hat das Thema „SED-Diktatur“ heute am Schulunterricht? Gerade auch zahlreiche Schüler wissen erschreckend wenig über die Verbrechen der SED – heute schlendern Jugendliche und sogar Erwachsene in T-Shirts mit der Aufschrift „Stasi“ durch vor allem ostdeutsche Straßen, die allzu oft bis heute nach Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und ähnlichen Kalibern benannt sind. Nur wenige Straßen und Plätze tragen dagegen den Namen von Leuten, die in der DDR für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gekämpft haben – unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens. Heute fühlen sich viele SED-Opfer missachtet und lästig.

Umso wichtiger bleibt es, kontinuierlich an Verbrechen und Opfer der SED-Diktatur zu erinnern. Dem widmen sich wenige so intensiv wie Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, die auf dem Gelände der zentralen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit liegt und sowohl für dessen Haftbedingungen als auch Verhörmethoden sensibilisieren will – Vera Lengsfeld, Freya Klier und Karl-Wilhelm Fricke zäh-

len zu den bekanntesten und berühmtesten SED-Opfern, die dort gelitten haben.

Risiko Gedächtnisverlust

Knabe gehört heute wegen seiner Arbeit gegen das Vergessen und Verdrängen zu den bevorzugten Reiz-, ja Hassfiguren der Neo-SED und ihres Umfeldes, die immer wieder versuchen, ihn zu diskreditieren und einzuschüchtern – gelernt ist gelernt. Doch damit motivieren sie, so scheint es, ihn zusätzlich, über die SED-Diktatur ebenso aufzuklären wie über ihre Folgen sowohl für Täter als auch Opfer bis heute. In seinem jüngsten Buch *Die Täter sind unter uns* warnt Knabe nachdrücklich vor historischem Gedächtnisverlust:

Gerade wer wisse, wie eine Diktatur genau funktionierte, könne den Wert einer komplizierten Herrschaftsform wie der rechtsstaatlichen Demokratie (zusätzlich) schätzen lernen, meint Knabe. Deshalb mäht er das Gras, das immer höher und dichter über die SED-Diktatur und das Fortwirken der SED-Erben in der Bundesrepublik zu wachsen droht. Gerade weil Lafontaines „Linke“ in weitere Koalitionen strebt und deshalb verstärkt versucht, möglichst viel Legitimität für SED

und PDS zu retten, bekämpft Knabe Versuche, Verbrechen und Machenschaften von SED/PDS unter den Teppich zu kehren. So beklagt er die nach wie vor hohe Zahl an (ungeläuterten) SED-Propagandisten und -Vollstreckern, die bis heute in einschlägigen Fraktionen agieren, um dort unter anderem gegen Wolf Biermann zu agitieren.

Schlupflöcher im Rechtsstaat

Knabe verzweifelt fast am Rechtsstaat, den ein erheblicher Teil der Täter heute nutzt, um sich aus der Verantwortung zu stehlen, darunter Leute, die an schwersten Menschenrechtsverletzungen wie Mord, Entführung, Folter und Psychoterror (Bestrafung ohne Haft) beteiligt waren. Nur wenig Verständnis zeigt er für Begründungen, warum in vielen Fällen (härtere) Strafen ausschieden – Haftunfähigkeit, Verjährung, fehlende Wiederholungsgefahr (!) und Rückwirkungsverbot (allerdings stützten selbst DDR-Gesetze und -Verfassung nicht jedes Verbrechen, wie er erwähnt). Faktisch operieren viele aktive Stützen und Privilegierte der SED-Diktatur, wie Knabe darlegt, bis heute in ihrem alten (oder einem neuen) Metier: zum Beispiel Richter, Rechts-

anwälte, Wachpersonal, Professoren, Journalisten, Lehrer, Polizisten und Ärzte – mitunter nennt Knabe sogar Klarnamen und Wohnorte. Obwohl die meisten Täter heute frei herumlaufen, wettet die Neo-SED in NS-Ma-
nier gegen „Siegerjustiz“. Obendrein kassiert ein Großteil der hauptamtlichen SED-Helfer heute wesentlich höhere Renten beziehungsweise Pensionen als DDR-Normalbürger, wie Knabe im Kapitel „Unterdrückung als Lebensleistung“ bemängelt. Dennoch agitiert die Neo-SED gegen „Rentenstrafrecht“ und für noch höhere Renten beziehungsweise Pensionen ihrer Besserverdiener-Klientel.

Ungerechte Rentenverteilung

SED-Opfer hingegen litten bereits zu DDR-Zeiten unter Benachteiligungen gerade auch in Ausbildung und Beruf – Benachteiligungen, die in vielen Fällen bis heute fortexistieren, unter anderem bei der Rentenberechnung. Pointiert bemerkt Knabe: „Eine täterfreundliche Rechtsprechung und Gesetzgebung haben bewirkt, dass man in Deutschland eine höhere Rente bekommt, wenn man zehn Jahre im Zuchthaus Bautzen als Wärter Dienst tat, als wenn man dort zwanzig Jahre in Haft

saß.“ Inzwischen haben Bundestag und Bundesrat am 13. Juni 2007 beziehungsweise am 6. Juli 2007 eine Thüringer Initiative aufgegriffen, indem sie immerhin eine Rente für jene SED-Opfer als Anerkennung beschlossen haben, die wenigstens sechs Monate inhaftiert waren und heute materiell bedürftig sind. Knabe, der sich gegen jeglichen Extremismus und gegen jegliche Diktatur engagiert, bilanziert: „Die Fehler der Politiker und die Rechtsprechung der Gerichte wirkten zusammen wie eine gigantische Amnesie für die Verantwortlichen der SED-Diktatur.“ Knabe neigt in seinem Buch dazu, halb volle Gläser halb leer zu nennen. Seine gründliche Anklageschrift verdient eine öffentliche Debatte – zum Beispiel über die dif-
fizile, aber politisch bedeutsame Frage, inwieweit es möglich und sinnvoll ist, reuige Geringbelastete stärker für die gemäßigten Parteien und damit die Demokratie zu gewinnen.

Von der Diktatur zur Demokratie

Hermann Lübke widmet sich in seinem Band *Vom Parteigenossen zum Bundesbürger. Über beschwiegene und historisierte Vergangenheiten* dem Umgang der Bundesrepublik mit der

ersten deutschen Diktaturvergangenheit. Lübke antwortet auf Fragen, wie die Bundesrepublik die NS-Vergangenheit behandelt und wie sie es geschafft hat, Millionen Mitläufer und geringer Belastete in Bürger einer Demokratie zu verwandeln, die im In- und Ausland allmählich Anerkennung und Unterstützung errang. In seinem eher empirischen als normativen Buch präsentiert Lübke erneut seine Grundthesen, die er 1983 erstmals veröffentlicht hat, und diskutiert ihre lebhaftete Rezeption seither. Weil nach Hitler keine Möglichkeit existierte, sich ein neues Volk ohne Millionen NS-Verstrickte zu suchen, beschritt die Bundesrepublik im Umgang mit der NS-Vergangenheit einen mittleren Weg, der sowohl eine „Säuberung“ und einen „kurzen Prozess“ als auch eine „Verdrängung“ oder „Schwamm-drüber-Politik“ mied.

Nachdem die Alliierten zahlreiche NS-Haupttäter in Nürnberg zum Tode oder zu Haftstrafen verurteilt hatten, distanzierte sich bereits die frühe Bundesrepublik einerseits glasklar von der Hitler-Diktatur (Grundgesetz als antitotalitäre Verfassung, klare Westbindung, „Wiedergutmachung“ gegenüber Israel, „KZ-Prozesse“, öffentliches

Gedenken an die Opfer, frühe wissenschaftliche Erforschung des Nationalsozialismus, Distanz von Straßen- und Vornamen zum Nationalsozialismus). Eher milde behandelte sie andererseits Mitläufer und Geringbelastete, denen sie – oft mit Wissen und geduldet von NS-Opfern und -Gegnern vor Ort – die Chance bot, sich still am erfolgreichen Aufbau der neuen Demokratie zu bewähren und zu verspäteten „Musterdemokraten“ zu mutieren, ohne ihnen ihre Verstrickung immer wieder vorzuhalten. Auch wenn es unter solchen „Musterdemokraten“ hohe bundesdeutsche Amtsträger mit einer zumindest früher tiefbraunen Ge-

sinnung gab: Solche (geläuterten) Bürger mit hochproblematischer Vergangenheit unterscheiden sich deutlich von Figuren, die nach dem Ende einer Diktatur erneut totalitären oder extremistischen Parolen hinterherlaufen. Hinzu kommen NS-Belastete, die nach Hitler unauffällig blieben, sich aber nie klar von der NS-Ideologie verabschiedeten.

Gerade an der Praxis, keine radikale Säuberung durchzuführen, entzündete sich später der Vorwurf, Westdeutschland habe seine „faschistische“ Vergangenheit verdrängt. Diese Kritik kam insbesondere auch von „fortschrittlichen“ Kräften, denen es vor allem darum ging, den angeblichen

„Kapitalismus“ insgesamt zu beseitigen. Fazit: Der mittlere Weg des Umgangs mit der NS-Vergangenheit half, viele NS-Verstrickte für die Demokratie zu gewinnen, die sich dadurch eher stabilisierte als destabilisierte – entgegen den Erwartungen mancher Kritiker. Durch den milden Umgang der Bundesrepublik mit jenen Millionen Verstrickten, die an keinen Verbrechen direkt beteiligt waren, gelang es, höhere und häufigere Erfolge extremistischer Parteien zu verhindern – hinzu kamen der wirtschaftlich-soziale Auftrieb und die Bewahrung der Demokratie insgesamt, deren Ansehen ja anfangs eher gering schien.

Die Wahrheit an das Licht bringen: Gysi und die Stasi

„Für mich steht in den jetzt bekannt gewordenen Papieren nichts wirklich Überraschendes“, stellt Rainer Eppelmann, Chef der Bundesstiftung Aufarbeitung des SED-Unrechts, süffisant fest: „Eine echte Überraschung wäre es nämlich nur, falls irgendwann zweifelsfrei festgestellt würde, dass Gysi nicht für das MfS gearbeitet hätte.“ Für den Pfarrer und ehemaligen „Staatsfeind Nr. 1“ der DDR, Eppelmann, zeigt die neue Debatte um Gysi lediglich, dass „wir uns endlich mehr statt vor allem mit der Stasi mehr mit der SED beschäftigen müssen“. Eine Position wie die Gysis als Vorsitzender der Rechtsanwaltskollegien in der DDR habe man ohne Rückendeckung der Staatspartei und der Stasi ohnehin nicht erreichen können – und erst recht nicht als politisch „unsicherer Kandidat“. Der DDR-Experte Hubertus Knabe forderte Gysi auf, seine Zulassung zurückzugeben. Ein Anwalt, der in einem Rechtsstreit der gegnerischen Partei diene, werde in Deutschland mit Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bestraft: „Den Unterlagen zufolge hat Gysi vermutlich genau das getan.“ Es werde Zeit, dass er das unwürdige Versteckspiel um seine Vergangenheit beende. Wenn die Unterlagen früher gefunden worden wären, erklärte der Direktor der Stasi-Opfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen weiter, hätte die Staatsanwaltschaft gegen Gysi höchstwahrscheinlich ein Ermittlungsverfahren wegen Parteiverrat eingeleitet.

Sven Felix Kellerhorst am 23. Mai 2008 in der WELT ONLINE